

Bericht des MfS über vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR

Die mit Abstand größte Gruppe ausländischer "Vertragsarbeiter" in der DDR kam aus Vietnam. Die Stasi überwachte die Arbeitskräfte aus dem sozialistischen Ausland und verfolgte deren Nebengeschäfte, wie dem Schmuggel und Handel von Konsumgütern.

In den Kombinaten Ost-Berlins arbeiteten Ende der 1980er-Jahre mehr als 200.000 Personen, etwa im Glühlampenwerk in Friedrichshain oder in der Elektrokokhoffabrik in Lichtenberg.

Die Staatssicherheit war in all diesen Produktionsstätten von Beginn an präsent: zur Bekämpfung von Sabotage, Spionage oder Geheimnisverrat, von Wirtschaftsstraftaten wie Planmanipulation oder von Verstößen gegen die Werksordnung. Auch die Verhandlungen mit westlichen Unternehmen überwachte sie.

Ein spezielles Überwachungsfeld der Geheimpolizei stellten die ausländischen "Vertragsarbeiter" dar. Ost-Berlin zählte 1988 über 14.000 Arbeitskräfte aus dem sozialistischen Ausland. Sie wurden in nahezu allen Branchen benötigt und eingesetzt. "Abgesichert" wurde dieser Einsatz nicht zuletzt von der Linie XVIII des MfS, die besonders auf "pro-westliche Einstellungen" oder politische Aktivitäten achtete. Die übergeordnete Koordination übernahm die Arbeitsgruppe "Ausländer" der Hauptabteilung II (Spionage).

Die mit Abstand größte Gruppe kam aus Vietnam. Im Mai 1989 waren es fast 5.000 Menschen. Sie mussten meist einfache und unbeliebte Anlerntätigkeiten verrichten, in der Regel zu Niedriglöhnen und im Schichtdienst. Die DDR-Regierung hatte an einer Integration keinerlei Interesse, sorgte vielmehr für eine weitgehende Abschottung der ausländischen Arbeitskräfte.

Vom vietnamesischen Staat beauftragt, die Landsleute daheim mit Devisen und Konsumgütern zu versorgen, waren die Vertragsarbeiter auch neben ihrem offiziellen Einsatz wirtschaftlich aktiv: mit selbst produzierten Waren, aber auch mit Produkten wie Videorekordern, Autoradios oder Kosmetika, die mit Unterstützung vietnamesischer Botschaftsmitarbeiter aus West-Berlin eingeschmuggelt wurden.

Die Staatssicherheit erkannte in diesen Nebengeschäften in erster Linie Straftaten und Sicherheitsrisiken. Und sie befürchtete wachsende Spannungen angesichts des Schwarzmarktangebotes und der schlechten Versorgungslage mit Konsumgütern im Land. Mit allen Mitteln versuchte sie, den Handel zu unterbinden.

Im Sommer 1987 stieß die Stasi auf einen groß angelegten Schmugglerring, zwanzig vietnamesische Vertragsarbeiter sowie Angehörige der Botschaften Vietnams, Pakistans und Guineas waren involviert. Letztere lieferten "unter Missbrauch der Kontrollbefreiung an den Grenzübergangsstellen", so die Stasi, "Spekulationswaren" im Wert von mehreren Millionen DM nach Ost-Berlin und in die DDR. Die Stasi identifizierte die beteiligten Personen, belauschte ihre Absprachen im Palasthotel und im Café "Rendezvous" in den Rathauspassagen und setzte Agenten als Schein-Kunden ein. Besonders ins Visier nahm sie einen Techniker der Humboldt-Universität. Sie eröffnete gegen diesen führenden Kopf des Schmugglerings den Operativen Vorgang "Kassette", verwanzte seine Wohnung, überprüfte seine Nachbarn und Verwandten und observierte seine Treffen mit Lieferanten. Die von der Stasi beschafften Informationen führten im Juni 1988 zu einem offiziellen Ermittlungsverfahren der Zollverwaltung. Das Gericht verurteilte den Techniker und drei weitere Personen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Einige Botschaftsmitarbeiter mussten die DDR verlassen. Eine weitere Konsequenz des Falls war, dass den An- und Verkaufsläden im Land ab März 1988 der Handel mit Heimelektronik untersagt war.

Trotz allem hatten die Sicherheitsorgane Mühe, den schnell wachsenden Schwarzmarkt einzudämmen. Resigniert musste die ZAIG daher im September 1989 feststellen: "Der Ausländereinsatz ist nicht mehr beherrschbar".

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 14821, BL 1-2

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XVIII Datum: 22.8.1983
Überlieferungsform: Dokument

Bericht des MfS über vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR

Hauptabteilung XVIII

Berlin, 22. Aug. 1983
4/4/fel-kr/24278

BStU
000001

Politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werktätiger in der Volkswirtschaft der DDR

1. Stand und Perspektive des Einsatzes

Mit Stand vom 30. 6. 1983 sind insgesamt ca. 12.000 vietnamesische Staatsbürger in der DDR aufhältig.
Davon sind

- ca. 10.000 Werktätige im Rahmen des Regierungsabkommens eingesetzt,
 - ca. 1.500 Vietnamesen in der Berufsausbildung.

Das Regierungsabkommen über die zeitweilige Beschäftigung und Qualifizierung von 1980 wird kontinuierlich weitergeführt in der derzeitigen Einsatzgröße.

2. Organisation der politisch-operativen Sicherung

Die politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werktätiger in der DDR wird durch das vietnamesische Bruder-organ in eigener Zuständigkeit realisiert.
Linienspezifische Arbeitskontakte bestehen nicht.

3. Politisch-operative Lage

Die zu vietnamesischen Werktagen vorliegenden Erkenntnisse beruhen auf peripheren Informationen aus den Arbeits- und Wohnbereichen. Operativ zu beachten sind insbesondere folgende Erscheinungsformen:

Obwohl die vietnamesischen Werktätigen im allgemeinen als disziplinierte und fleißige Arbeitskräfte in den Einsatzbereichen gelten, zeigen sie seit 1981 (verstärkte Anreise vietnamesischer Werktätiger ohne berufliche Qualifikation) differenzierte Verhaltensweisen. In verschiedenen Betrieben sind eine sinkende Arbeitsmoral, ein Anstieg von Fehlshiften, mangelnde Bereitschaft zur Qualifizierung und Zurückhaltung in der gesellschaftlichen Arbeit festzustellen.

Ein Teil der vietnamesischen Werktätigen identifiziert sich zunehmend mit westlichen Anschauungen (Empfang westlicher Massenmedien), verfügt über westliche Währungen und ist im Besitz westlicher Konsumgüter. Stark ausgeprägte materielle Interessen sind ebenso festzustellen wie ein umfangreicher Warenversand und Übergepäcktransport in die SRV.

Bericht des MfS über vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR

2 BStU
000002

Innerhalb der DDR besteht ein gut funktionierendes Informations- und Verbindungssystem der vietnamesischen Werktätigen, einschließlich einer intensiven Reisetätigkeit.

In mehreren Einsatzbetrieben und Wohnunterkünften sind umfangreiche postalische Kontakte vietnamesischer Werktätiger in das NSW festgestellt worden. Als operativ bedeutsam ist einzuschätzen, daß sich in Westberlin ca. 1.000 sogenannte Vietnamflüchtige aufhalten, die in die Hauptstadt einreisen und nach unbestätigten Informationen Kontakte zu vietnamesischen Werktätigen herstellen.

Von den Organen der Zollverwaltung der DDR werden in zunehmenden Maße Feststellungen zu Bürgern der SRV getroffen, die Golderzeugnisse in raffinierten Verstecken unter Verletzung der Zoll- und devisenrechtlichen Bestimmungen aus der SRV in die DDR einführen. Der Schmuggel wird in spekulativer Absicht betrieben und unter Einbeziehung sowohl weiterer vietnamesischer als auch DDR-Bürger durchgeführt.

Im Freizeitbereich mehren sich die Beispiele von Fehlverhaltensweisen und Verursachung von Vorkommnissen vietnamesischer Werktätiger, wenngleich ihr Anteil in der Kriminalitäts- und Straftatenstatistik relativ gering ist. Im Mai diesen Jahres kam es zu der ersten Massenschlägerei zwischen vietnamesischen und anderen ausländischen Werktätigen, die von einem wegen Disziplinschwierigkeiten bereits mehrfach angefallenen vietnamesischen Gruppenleiter initiiert wurde. Mit den Worten, er habe in Vietnam genügend Amerikaner totgeschlagen, jetzt wolle er dies mit den Algeriern tun, trommelte er 50 seiner Landsleute zusammen und putschte sie auf.

Aus einem Dresdener Einsatzbetrieb liegt der Hinweis vor, daß ein vietnamesischer Werktätiger beabsichtigte, mit einer selbstgebauten Brandflasche Betriebsräume in Brand zu setzen.

4. Erfordernisse und Vorschläge

Die quantitative Größe vietnamesischer Werktätiger in der DDR (zweitstärkste Ausländergruppe nach den polnischen Werktätigen) und ihr zunehmendes Anfallen in der politisch-operativen Arbeit erfordern eine Qualifizierung der Sicherungsarbeit zu vietnamesischen Werktätigen.

Es sollte der Einsatz von Beauftragten des vietnamesischen Sicherheitsorgans in Schwerpunktbezirken der DDR geprüft werden, die analog den kubanischen Verbindungsoffizieren als staatliche Bezirksbeauftragte des Abkommenspartners eingesetzt sind. Der Einsatz staatlicher Bezirksbeauftragter der SRV ist ab Herbst 1983 vorgesehen.